

Schluss mit dem Trallala!

Häusliche Gewalt: „Marodes Hilfesystem“, FR-Regional vom 22.11.

Es ist sehr verdienstvoll und notwendig, dass die Frankfurter Rundschau die männliche Gewalt bis zum Totschlag immer wieder in den Mittelpunkt der Berichterstattung rückt. Dass sie auch berichtet über die eher kläglichen Versuche, mit Fahnen, Gedenktagen, Straßentänzen und Orange-Plakaten auf die seit Jahrzehnten weiter zunehmende männliche Gewalt in Familien aufmerksam zu machen.

Andererseits bei der Massenproduktion von Gewaltkriminalis bei den Fernsehsendern erfährt man nichts über dieses weit verbreitete Männermuster. Mit all den bisher praktizierten Versuchen, mit Höflichkeit auf die Problematik aufmerksam zu machen, hat sich kein Deut geändert.

Fragt doch mal in den Frauenhäusern nach, es ändert sich rein gar nichts. Alle Frauenhäuser, die wir einst – meist gegen große Widerstände und viel Diskriminierung – auf den Weg gebracht haben, sind am Ende ihrer Kapazitäten. Männer schlagen und töten wie früher. Eher noch mehr. Ihre Frauen und ihre Kinder kommen weiterhin in körperlich und seelische und später auch in materielle Not.

Wird denn mal der Gesetzgeber wach? Mit Worten und Laufveranstaltungen, an denen auch gutwillige Männer beteiligt sind, werden höfliche Erinnerungen bewirkt, sonst nichts. Davon geht keiner in sich. So kann es nicht weitergehen. Hier sind die Gesetzgeber der neuen Regierung gefragt und die vielen anständigen Männer, die Gewalt nicht unterstützen.

Die oft zum Himmel schreiende Notlage von Betroffenen nach einer Trennung wurde lange von höchsten Gerichten nur mit Hinweisen auf den Gesetzgeber abgetan. Da gibt es was zu tun für die neue Regierung. Es ist Zeit, Schluss zu machen mit dem Tralala.

Ilse Werder, Hanau



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zurschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211213

Gesetzgeber muss nachbessern

Zu: „Das Urteil – Zulässige Mehrarbeit“, FR-Wirtschaft vom 29. November

Mich hat die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Mecklenburg-Vorpommern in meinem Gerechtigkeitsgefühl berührt, obwohl ich kein Arbeitnehmer bin. Wie kann es sein, dass Arbeitgeber, offenbar schon seit Jahrzehnten und ohne Korrektur durch Gesetzgeber und Gerichte, in den von ihren Interessenverbänden ausgearbeiteten Musterarbeitsverträgen Pauschalregelungen verwenden, mit denen praktisch die 42-Stunden-Woche eingeführt wird? Und sie dafür nicht mal in Form einer Überstundenvergütung mehr bezahlen oder ihren Arbeitnehmern Freizeitausgleich gewähren müssen? Und das LAG bestätigt dieses klammheimliche „Über-den-Tisch-Ziehen“ mit höchstrichterlicher Rückende-

ckung durch das Bundesarbeitsgericht und weist den Gesetzgeber nicht als korrigierende dritte Säule der Demokratie darauf hin, dass bei dieser arbeitsrechtlichen Schiefelage gesetzgeberischer Nachholbedarf besteht? Arbeitgeberfreundliche Gesetzgebung hat hier offensichtliche (gewollte?) Regelungslücken im BGB. Da ich das nur schwer ertragen kann, habe ich gleich eine Petition verfasst mit der Bitte an den Gesetzgeber nachzubessern. Ich hoffe, dass der von mir geschätzte Minister Heil dies zur Kenntnis nimmt und sich aufgerufen fühlt, zügig eine bessere Rechtslage für Arbeitnehmer zu schaffen. Jürgen Heck via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/lf-20211206/

Wir alle haben mit Julian Assange verloren

Zu: „Niederlage für den Wikileaks-Gründer“ und „Kuschen vor den USA“, FR-Titel und -Meinung vom 11. Dezember

Das Vertrauen in den Rechtsstaat schwindet

Joe Biden wird noch so manches Demokratieforum einberufen müssen, nicht nur, um die demokratisch Zurückgebliebenen zu fördern, sondern um sich an die eigene US-amerikanische, undemokratische Nase zu fassen. Und mit ihm die westlichen Verbündeten. Nun haben all die Diktatoren und Unrechtsstaatenvertreter neues Material, um mit dem Finger auf die selbsternannten demokratischen Musterschüler zu zeigen. Die Feinde der Demokratie in den eigenen Ländern werden sich bestätigt fühlen und den Fall Assange zum Anlass nehmen, ihre Regierungen der Unterstützung des Unrechts zu bezichtigen, selbst wenn ihnen das Schicksal des Betroffenen gleichgültig ist. Die Aufgeklärten werden empört und maßlos enttäuscht sein. Leider muss man konstatieren, dass ihnen gemeinsam ist, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, dass sie das Vertrauen in Politik und Rechtsstaat verlieren. Aber natürlich wird von deren Seite abgewiegelt und relativiert, denn es macht einen Unterschied, ob man Assange einer langjährigen psychischen Folter unter dem Deckmantel des Rechtsstaats aussetzt oder einen Bürger des eigenen Landes in einer Botschaft grausam zerstückelt.

Assanges Leben ist ob dieses schreienden Unrechts gefährdet. Verloren aber haben wir alle, indem Demokratie, Pressefreiheit und Rechtsstaat ihrer Wehrhaftigkeit beraubt werden.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Ein beispielloser Angriff auf die Pressefreiheit

Jetzt hat das Londoner Gericht nach zwei Jahren „Nachdenken“ beschlossen, dass Julian Assange doch an die USA ausgeliefert werden kann. Ein beispielloser Angriff auf die Pressefreiheit. Warum schweigt Europa? Wäre es nicht angebracht, aus Protest in allen demokratischen Ländern einen Tag lang keine Zeitungen herauszugeben? Will

man warten, bis man selbst betroffen ist? Man erinnere sich an das Zitat von Martin Niemöller. Verkürzt: „Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ Gilt jetzt die Regelung, dass die Mörder die Augenzeugen ihrer Verbrechen als Spione verfolgen können?

Ich empfehle dringend in der ZDF-Mediathek die Reihe „Schattenwelt“ und besonders Teil 3 („Die neue Macht der Geheimdienste“) zu schauen. Die USA haben nach 9/11 einen beispiellosen Rachefeldzug gegen die halbe Welt begonnen. Psychologen haben geholfen, Folterpraktiken zu verfeinern. Auch dem Nazi-Regime waren viele Mediziner gefällig. Von den geheimen Foltergefängnissen wollen unsere Nachbarn heute nichts mehr wissen.

Wenn Assange wirklich ausgeliefert werden sollte, kann niemand mehr an Recht und Gesetz glauben. Christoph Kruppa, Riederich

Assange ist ein Erbe großer Philosophen

Die Prozessführung gegen Assange und seine Inhaftierung stellen eine Verhinderung seiner Berufsausübung dar. Das wird zu wenig ins Licht gerückt. Gerade dies ist für die USA entscheidend: Angst vor der weiteren publizistischen Tätigkeit von Assange. Damit wird auch zugegeben, dass seine Arbeit rechtens ist. Die „gutmeinenden“ Anwälte haben zu sehr versucht, Assange von Vorwürfen reinzuwaschen, anstatt ihn in seiner großen Bedeutung herauszustellen, die ihn für die Mächtigen so gefährlich macht. Und für uns notwendig. Falsch ist, immer seine gesundheitliche Not zu betonen (die evident ist), was darauf hinauslaufen könnte, dass er aus Mitleid nicht ausgeliefert wird. Das ist der falsche Weg. Für ihn und auch für uns. Sein Weg im legitimen Entlarvungsjournalismus muss unser Weg bleiben!

Es darf kein Zweifel daran aufkommen, dass seine Arbeitsmethoden richtig waren und dass große Enthüller der Aufklärung wie Voltaire sie bereits mit Erfolg und weltweiter Anerkennung benutzt haben. Voltaire im

Fall Calas, der ohne Voltaires gezielte Untergrabung der Vertuschungen durch Staat und Gerichte in Frankreich nie zur Rehabilitierung des Unschuldigen geführt hätte. Assange ist ein Aufklärer im besten Wortsinn, ein Erbe der großen Philosophen des 18. Jahrhunderts.

Hermann Hofer, Marburg

Baerbock könnte jetzt konkret handeln

Da haben US-Vertreter dem britischen Gericht „ein Paket von ‚feierlichen‘ Versprechungen zur Behandlung des Häftlings“ vorgelegt. Das wären nicht die ersten Versprechen einer Regierung, die permanent Völker- und Menschenrechte verletzt und mit dreisten Lügen Kriege vom Zaun bricht. In dem informativen Beitrag wird noch etwas Essenzielles vorenthalten, was Stella Moris, die Verlobte von Assange, in Reaktion auf diese perfide Gerichtsentscheidung zum Ausdruck bringt: „Wie kann es fair sein, wie kann es möglich sein, Julian an das Land auszuliefern, das seine Ermordung geplant hat?“, sagte sie. Im September wurden die CIA-Pläne zur Ermordung von Assange aufgedeckt. Demnach soll es Gespräche darüber „auf höchster Ebene“ der CIA und des Weißen Hauses von Trump gegeben haben.

Unsere neue Außenministerin Baerbock, die früher die sofortige Freilassung von Assange gefordert hat, könnte nun handeln. Die Frage lautet ja: Wer sollte ins Gefängnis – diejenigen, die schlimmste Kriegsverbrechen begangen haben, oder derjenige, der diese aufgedeckt hat? Hier müssen sie und die Bundesregierung klar Flagge zeigen und Julian Assange z.B. politisches Asyl anbieten! Das wäre ein klares Zeichen souveräner, wertebasierter Außenpolitik, wovon dauernd geredet wird. Dazu braucht es aber Rückgrat, auch gegenüber „Freunden“ in Washington, die sehr böse werden können!

Edgar Göll, Langgöns-Oberkleen

Diskussion: frblog.de/assange-3

Das klingt eher nach „Hässlicher erben“

Kolumne: „Schöner erben“, FR-Meinung vom 7. Dezember

Die Sache mit dem Erben ist keine ganz einfache, zugegeben. Aber die Gedankenspiele von Michael Herl in seiner Kolumne in der Frankfurter Rundschau sind mindestens merkwürdig, wenn nicht gar abwegig. Warum, folgt man ihm, sollte das Vererben abgeschafft werden? Um dadurch soziale Gerechtigkeit herzustellen in unserer Gesellschaft und das weitere Verarmen finanziell benachteiligter Menschen auszugleichen? Da sind andere Formen sozialstaatlicher Verantwortung und Maßnahmen gefragt, würde ich empfehlen.

Und dagegen spricht wesentlich, dass das zu vererbende Geld bereits zu Lebzeiten ver-

steuert wurde. Außerdem muss es dem Vererbenden in Grenzen erlaubt sein, seinen letzten Willen über den Tod hinaus mit dem Weg des Erbes selbst zu bestimmen. Die bestehende Regelung des Erbschaftssteuerrechts ist da schon schlüssig, weil hohes Erbvermögen auch hoch besteuert wird.

Das schließt nicht aus, dass künftig mit Blick auf wachsende gesellschaftliche Ungleichheit über eine Erhöhung der Besteuerung nachgedacht werden könnte. Aber bitte nicht über die komplette Abschaffung des Erbrechts.

Bei alldem erinnert man sich vielleicht an die aberwitzige Anekdote von Tom Koenigs, der

seinerzeit sein väterliches Millionenerbe dem Vietcong spendete und eine schlichte Öllampe als Ausdruck dankbarer Anerkennung zurückerhielt.

Sicher ist das kein nachahmenswertes Vorbild für ein sinnvoll investiertes Erbe, und auch nicht im Sinn von Michael Herl. Aber in eigener Entscheidung getroffen und nicht staatlicherseits aufgezwungen. Weshalb am Ende der Vorschlag der „Verteilung aller Hinterlassenschaften an alle“ nichts anderes ist als „Hässlicher erben“ und jedenfalls keine Lösung des Problems.

Alexander Metternich, Offenbach

Diskussion: frblog.de/kanzler-scholz